

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

<p>Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.</p>	<p>Verantwortlich für die Redaktion: M. Kahser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Edward Steinhilber, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.</p>	<p>Inserate für die viergespaltene Beilage ober deren Raum 60 Pfg. Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.</p>
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die Genossenschaftsfrage auf dem Internationalen Sozialistenkongress.

—r. Die Stellung des Sozialismus zu dem Genossenschaftswesen hat im Laufe der letzten Jahrzehnte mannigfache Wandlungen erfahren. Es hat Zeiten gegeben, in denen man in den Genossenschaften — unter denen man allerdings ausschließlich die Produktivgenossenschaften verstand — Keimzellen einer neuen sozialistischen Wirtschaftsordnung erblickte. Dann wieder gab es Zeiten, in denen die Genossenschaften als Spielereien betrachtet wurden oder gar als Hindernisse auf der Bahn zum sozialistischen Zukunftsstaat. Nunmehr ist die Zeit gekommen, die die große Bedeutung des Genossenschaftswesens für eine Hebung des Proletariats und für die Neugestaltung unseres Wirtschaftslebens zu erkennen beginnt. Der antikapitalistische Charakter der Genossenschaften tritt immer deutlicher zu Tage, und der Sozialismus bemüht sich immer mehr, den Strom der genossenschaftlichen Kollektivarbeit seinen Zwecken dienstbar zu machen. Die zunächst noch theoretische Erkenntnis, daß das Genossenschaftswesen zahlreiche Kräfte eines edlen Solidariismus in sich birgt und daß es große Entwicklungsmöglichkeiten bietet, strebt nach praktischer Verwirklichung. So ist es zu verstehen, daß sich auch der Internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt hat. Und wenn dieser Kongress, im Gegensatz zu seinen Vorgängern der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, nicht die Produktiv-, sondern die Konsumgenossenschaften in den Mittelpunkt seines Interesses und seiner Debatten gestellt hat, so erklärt sich dies eben daraus, daß heute die zur Eigenproduktion schreitenden Konsumgenossenschaften die Träger des proletarischen Genossenschaftsgedankens geworden sind.

Unter allen auf dem Kongress anwesenden Genossenschaftlern herrschte darüber nur eine Meinung, daß man die Konsumgenossenschaften in den Dienst der proletarischen Emanzipationsbestrebungen stellen und sie mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen müsse. Auseinander gingen nur die Meinungen darüber, wie dieses Ziel in der Praxis zu erreichen sei, mit anderen Worten, wie die Organisation der Genossenschaften zu gestalten sei. Da in den verschiedenen Ländern die Entstehung, Entwicklung und Zusammenfassung der Genossenschaften verschieden ist und da auch die gesellschaftlichen Bestimmungen der verschiedenen Staaten sehr voneinander abweichen, so ist eine einheitliche Regelung der Organisationsform ein Ding der Unmöglichkeit. Während die belgischen Genossenschaftler eine innige Verbindung zwischen Genossenschaften und Sozialdemokratie forderten und dabei auf die Erfolge der sozialdemokratischen Genossenschaften ihres Landes hinwiesen, sprachen sich die deutschen Delegierten für eine reinliche Scheidung zwischen diesen beiden Zweigen der Arbeiterbewegung aus. Der bekannte Genossenschaftler von Elm führte diesbezüglich aus: „Wir Deutschen halten das belgische Beispiel für uns nicht für nachahmenswert. In Deutschland sind die drei Bewegungen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft getrennt. Bei dem Versuch, Partei und Genossenschaften zu verbinden, würde die Partei zweifellos in eine Abhängigkeit von der Genossenschaft geraten, was sicher nicht im Interesse der Partei gelegen wäre. Es würde aufhören, daß jeder Arbeiter sich verpflichtet fühlt, für alle drei Bewegungen finanzielle und ideale Opfer zu bringen. Die Arbeiter müssen erzogen werden, daß sie die politische Partei nach jeder Richtung zu unterstützen haben, um dieselbe unabhängig und stark zu erhalten. Die Genossenschaften haben ein Interesse daran, alle Konsumenten ohne politische, wirtschaftliche und religiöse Unterschiede in sich zu vereinigen. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Genossenschaften soweit wie möglich für die Arbeiterbewegung dienstbar gemacht werden müssen, und wenn die Arbeiter das wollen, können sie das auch.“

Diese Auffassung über das Verhältnis zwischen Genossenschaft und Sozialdemokratie fand denn auch die Zustimmung des Kongresses, der in einer Resolution erklärte: „Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.“ Es wurde jedoch der Wunsch hinzugefügt, es sei „im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich, daß die Beziehungen zwischen den politi-

schon, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer innigere werden.“ Mit dieser Lösung der Frage kann wohl jeder sozialistische Genossenschaftler zufrieden sein.

Interessant war es, die Einseitigkeit zu beobachten, mit der die verschiedenen Redner den sozialistischen Kern des Genossenschaftswesens herausheben und den Wert der Konsumgenossenschaften für die moderne Arbeiterbewegung betonen. Der Belgier Anseele hob hervor, welche Mächtigkeiten die Genossenschaften den Arbeitern während eines wirtschaftlichen oder politischen Kampfes zu bieten vermöchten, der Deutsche Wurm wies auf die Rolle hin, die die mit sozialistischem Geiste erfüllten Genossenschaften im Klassenkampfe spielen könnten, der Däne Bergthier erklärte, daß man die Genossenschaftsbewegung zu einer Waffe in der Hand der um ihre Befreiung aus materiellem und geistigem Elend ringenden Arbeiterklasse machen müsse, der Holländer Wihaut betonte den großen Wert der Genossenschaften im proletarischen Emanzipationskampfe, und der Argentinier Justo führte aus, daß die Genossenschaften imstande seien, „die Sozialisierung und Demokratisierung der Gesellschaft zu fördern. Nachdem von Elm noch einmal die Dreiteilung der deutschen Arbeiterbewegung erwähnt und die Versicherung gegeben hatte, daß es gelungen sei, alle drei Bewegungen mit dem einheitlichen Geiste des Sozialismus zu erfüllen, begründete der österreichische Delegierte Karpelitz eine Resolution, die von einer Kommission ausgearbeitet worden war: „Die Kommission hat sich nicht darauf beschränkt, die Beziehungen zwischen Konsumvereinen und politischen Organisationen zu untersuchen, sondern sie hat auch geprüft, welche Bedeutung den Konsumvereinen für den proletarischen Kampf überhaupt zukommt. Sie hat dabei anerkannt, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern direkte Vorteile gewähren, sondern auch durch die Art ihrer Organisation eine Waffe im Befreiungskampfe der Arbeiter darstellen. Besonderen Wert legt sie darauf, daß die Konsumvereine die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion vorbereiten. Als Produzent ist der Arbeiter häufig dem Kapital unterworfen, aber als Konsument genießt er eine gewisse Freiheit. Von dieser Freiheit soll er Gebrauch machen. Wenn er schon gezwungen ist, einen Teil seines Lohnes an das Kapital abzugeben, so kann er doch wenigstens nicht gezwungen werden, den Teil des Lohnes, den er erhält, mit dem Händler zu teilen. Daraus erwächst den Arbeitern die Pflicht gegen sich selbst, die Verwaltung seines Lohnes in die eigene Hand zu nehmen. Er ist nicht dazu berufen, durch Vermehrung des Lohnes den Kapitalismus zu stärken und die Zahl der Kapitalisten zu vermehren, sondern ihn zu schwächen. Die Resolution will daher in den Arbeitern keineswegs die Illusion erwecken, als ob die Genossenschaftsbewegung allein die Produktion demokratisieren und sozialisieren könne. Wie es auf der einen Seite auf diesem Kongress niemand einfallen wird, die Konsumvereine als das allein brauchbare Mittel für die Befreiung der Arbeiter hinzustellen, will die Resolution auch die nicht minder gefährliche Illusion unterdrücken, als ob ohne eine tägliche unermüdete Kleinarbeit eine bessere Zukunft erreicht werden könne. Die Arbeiterklasse muß selbst Stein auf Stein schieben, um sich fähig zu machen, den Sieg zu erringen. Wenn aber die Konsumvereinsbewegung eine wirklich wirksame Waffe im Kampfe für die Befreiung der Arbeiter ist, so haben auch alle Genossen die Pflicht, ihre tätigen Mitglieder zu werden. Die Kommission hat das nicht in der Form eines verpflichtenden Befehls ausgesprochen, aber sie legt Wert darauf, mit allem Nachdruck zu erklären, daß es dringend wünschenswert ist, daß alle Gewerkschaftler und Parteigenossen ihre Pflicht gegenüber den Konsumvereinen erfüllen. Die Konsumvereine enthalten natürlich manche Tendenzen, mit denen die sozialistischen Arbeiter nicht immer einverstanden sein können. Die Arbeit der Sozialisten in den Konsumvereinen muß darauf gerichtet sein, diese Tendenzen zu unterdrücken und aus den Konsumvereinen ein wirklich wirksames Kampfmittel zu machen. Sie müssen aus den Konsumvereinen etwas anderes machen als bloße Warenverteilungsstellen. Sie können ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen, wenn es sich um die Verteilung des Reingewinns handelt, wenn es nötig ist, zur

Selbstproduktion überzugehen oder eine höhere Form der Produktion anzustreben. Die Frage, welche Stellung die Konsumvereine zur Partei und Gewerkschaft einnehmen sollen, ist in der Kommission keineswegs leicht zu beantworten gewesen. Nicht wenige Mitglieder hatten die Meinung ausgesprochen, daß zwischen Partei und Konsumvereinen ein organisches Band bestehen müsse. Von der anderen Richtung wurde mit allem Nachdruck gefordert, daß die Genossenschaften ihre volle Selbständigkeit bewahren müssen. Wir haben uns schließlich auf die Formulierung geeinigt, die Ihnen vorliegt. Wir haben darin ausgesprochen, daß es den Genossenschaften eines jeden Landes überlassen bleiben muß, zu entscheiden, ob und inwieweit sie die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus eigenen Mitteln unterstützen wollen.“

Diese prinzipielle Übereinstimmung in der Bewertung der Konsumgenossenschaften und die weise Zurückhaltung in der Beurteilung der verschiedenen Organisationsformen entspricht ganz dem, was man von einem internationalen Sozialistenkongress erwarten durfte. Die Einheitlichkeit in den Zielen und die Verschiedenheit in den Mitteln ist ja die charakteristische Eigenschaft der modernen Arbeiterbewegung. Und auch dieser Bewegung sollen die Genossenschaften dienen, indem sie berufen sind, um mit den Worten der Resolution zu sprechen, „die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen.“ Und wenn sie in diesem Sinne wirken, so werden sie zu einer Waffe im Klassenkampfe, den das Proletariat zu führen gezwungen ist. Es war daher selbstverständlich, daß der Kongress alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufforderte, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und sie mit sozialistischem Geiste zu erfüllen.

Kirchliche Autorität und christliche Gewerkschaft.

I.
n. Den christlichen Gewerkschaften ist Heil widerfahren. Aus dem einflussreichen und gelehrten Orden der Gesellschaft Jesu hat ein Mitglied, Vater Joseph Wiederlaß, Professor der Moralthologie an der Universität Innsbruck, das Wort ergriffen, um den christlichen Gewerkschaften beizustehen in ihrem Kampfe gegen die Berliner Fachabteilungen. Wiederlaß hat eine Broschüre herausgegeben: „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung“, worin er untersucht: 1. das Verhältnis der gewerkschaftlichen Organisation zur kirchlichen Autorität, 2. die Frage von der sittlichen Erlaubtheit der Arbeiterausstände, 3. das Verhältnis von Interkonfessionalismus und gewerkschaftliche Bewegung. Es sind das bekanntlich die drei Punkte, um die sich im wesentlichen der Streit der Berliner und der W.-Gladbacher dreht. Betrachten wir zunächst, was der gelehrte Jesuit, der mit seinen Ausführungen auch den Beifall der christlichen Gewerkschaften gefunden hat, über den ersten Punkt sagt.

Wiederlaß will vor allem anerkannt wissen, daß die gewerkschaftlichen Bestrebungen, ebenso wie jede andere wirtschaftliche Tätigkeit, durchaus an die Normen des christlichen Sittengesetzes gebunden sind. Das gilt von den gesamten gewerkschaftlichen Bestrebungen, die sich zusammensetzen aus den wirtschaftlichen Zielen und Zwecken und den Mitteln, die zur Erreichung der Zwecke angewendet werden. Die Einhaltung des christlichen Sittengesetzes und somit auch die Anwendung seiner Grundsätze auf die einzelnen vor kommenden Fälle ist dem in der katholischen Kirche eingesetzten Lehr- und Hirtenamt anvertraut. Darum hat die Kirche als Trägerin dieses Lehr- und Hirtenamts wie das Recht so auch die Pflicht, für die gewerkschaftlichen Bestrebungen allgemeine Verhaltensmaßregeln behufs Einhaltung der Sittenvorschriften zu erlassen und, falls etwas gegen das Sittengesetz geplant oder geschehen sein soll, die Bewegung wieder auf den rechten Weg zu leiten. Daher muß man der kirchlichen Autorität, dem Papst und den Bischöfen, vor allem einmal das Recht und die Pflicht zuerkennen, die gesamte gewerkschaftliche Bewegung im

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
 - Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Auerbach (E. Seidel), Berlin (Madenich), Wünder, Colmar i. El., Gunnersdorf (Sachsen), Delmenhorst (Wagenfabrik Tönjes), Emden, Eisenberg (Eisenfabrik), Feuerbach, Freiberg i. S., Gießen (E. H. Müller), Glanau (Albin Kreil, Zimmermeister), Gnejen (Wasse), Grohn (Müller), Hamburg (Steinway u. Sons), Hameln (Stahlbratmatrassenfabrik Brune), Kaiserslautern (Eckel), Laffan in Pommern, Pirna (Foder und Klinge), Madeburg, Reichenberg in Böhmen, Schwerin a. d. Warthe (Genossenschaftstischlerei), Saarbrücken, Segeberg, Speyer, Stolp in Pommern, Trebbin, Wegejad (Müller, Moschage, Siebers, Cordes), Weida (Dornbier), Weinheim (Jäger u. Harms), Weissensee (Genossenschaft), Willkau (Krebs), Wildsdruff, Zerbst (Wudert), Ziegenhals.
 - Ristenmachern nach Berlin, Leipzig.
 - Stabierarbeitern nach Berlin (Madenich), Worna bei Leipzig, Coblenz (Rheinische Pianofortefabrik, vorm. C. Mand), Hamburg (Steinway u. Sons), Liegnitz.
 - Modelltischlern nach Hamburg, Harburg a. E., Leipzig (Krause), Zürich (Wiedestock und Schneller).
 - Harmonikatischlern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Altenburg, E. Altenb. (Kahl u. Hlmann).
 - Parquetlegern nach Weimar (Seher).
 - Stuhlbauern nach Br. Holland, Willkau (Krebs).
 - Vergoltern und Goldblechmachern aller Branchen nach Burg bei Magdeburg, Hamburg-Altona-Ottensen (Mehrer u. Co.).
 - Rorbauern nach Berlin (Stalauer Glashütte), Wilmstadt (Stahl), Gerischdorf, Rheinfelden in der Schweiz.
 - Drechslern nach Stolp in Pommern.
 - Snopfmachern nach Frankenhausen.
 - Rantennmachern nach Eisenberg, S.-A., Kellinghausen.
 - Stellmachern und Wagenbauern nach Delmenhorst.
 - Verstarbeitern nach Hamburg, Bremen, Bremerhaven, Lübeck, Wegejad, Osterholz-Scharmbeck, Ginswarden, Kiel, Stettin, Rostock, Flensburg, Grabow i. N. (Klingmann).

Ausbreitung der Tarifverträge deutlich erkennen. In der gesamten Holzindustrie arbeiten nach dieser Gegenüberstellung heute bereits etwa 17 vom Hundert aller Beschäftigten unter tariflich gesicherten Verhältnissen.

Das laufende Jahr mit seinen Nischenbewegungen wird Zahl und Umfang der Tarifgemeinschaften noch um ein Bedeutendes erweitern.

Den Gewerkschaften kann es aber nicht auf die Zahl der Verträge ankommen, sondern auf deren Inhalt. Zweifellos hat mit der wachsenden Schuttlung der vertragsschließenden Parteien eine präzisere Fassung Platz gegriffen. Die Zahl der Verträge ohne Bestimmungen über Ablauf, Kündigung, Schlichtungsinstanzen, Lohnhöhe, Arbeitszeit und dergleichen ist in der Abnahme begriffen. Für den materiellen Inhalt aber, wie Dauer der Arbeitszeit und Lohnhöhe, wird stets neben der Konjunktur die Stärke der Gewerkschaften ausschlaggebend bleiben.

Aus dem Bezirk des Arbeitgeberverbandes für das untere Weser- und Emsgebiet.

N. Die Anstrengungen unserer Kollegen, ihre Arbeitsverhältnisse zu verbessern, haben wohl in keiner anderen Gegend einen so scharfen Widerstand gefunden, als in dem Gebiet des in der Ueberschrift genannten Verbandes, wo sich die Unternehmer eine feste Organisation geschaffen haben, die sich vornehmlich die Wahrung der Interessen des Baugewerbes zur Aufgabe gemacht hat. Die Tischlermeister besitzen eigene Organisationen nur in Bremen, Oldenburg und Wegejad-Blumenthal, wo dieselben dem Arbeitgeberverband bezw. der Innung angehören. In den Orten Wilhelmshaven, Emden, Aurich, Leer, Norden, Barel, Brate, Delmenhorst, Nordenham, Bremerhaven und Cuxhaven gehören sie dem Arbeitgeberverband direkt als Mitglieder an. In all diesen Orten ist mit verschwindenden Ausnahmen von einer eigentlichen Holzindustrie gar nichts vorhanden, die Tischlerei ist lediglich ein Zweig des Baugewerbes und befindet sich in der Hauptsache in den Händen der Bauunternehmer, die für ihren Bedarf eigene Tischlerwerkstätten unterhalten. Daneben vegetieren hier und dort einige „selbständige“ Tischlermeister, die völlig von den Bauunternehmern abhängig sind und nebenher etwas Möbelarbeit ordinarer Art und — Lehlingsgücherei betreiben.

Infolge dieser Verhältnisse arbeiten die Tischler und Zimmerer Hand in Hand, sie sind fast sämtlich mit der Arbeitsweise beider Branchen vertraut, so daß eine Grenze zwischen Tischler- und Zimmererarbeit sich nur ganz langsam Bahn bricht. Vor nicht allzulanger Zeit war es sogar noch üblich, daß auch von den Tischlern und Zimmerern gemauert wurde; sie verstanden die Stelle wie den Hobel mit gleicher „Geschicklichkeit“ zu schwingen. Das hat sich nun geändert, und auch die beginnende Trennung zwischen Tischler- und Zimmererarbeit macht sich mehr und mehr

bemerklich. Für die Regelung der Arbeitsverhältnisse kommt auf Arbeitgeberseite fast überall nur der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Betracht, während auf unserer Seite der Holzarbeiterverband und der Zimmererverband auf die gegenseitige Unterstützung und Solidarität angewiesen sind. Beide Organisationsstellungen waren auch beschränkt, in allen Fällen gemeinsam und kameradschaftlich miteinander zu arbeiten. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes nimmt den Gewerkschaften gegenüber die denkbar feindlichste Stellung ein. Wollen die Gewerkschaften zum Zwecke der Regelung der Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeberverband in Fühlung treten, so haben sie dieses im Monat Dezember auszuführen, denn nur während einiger Wintermonate werden solche Dinge von ihm behandelt. Gewöhnlich beschließt der Arbeitgeberverband aus sich heraus, wie die Lohn- und Arbeitsbedingungen beschaffen sein sollen, und damit ist die Sache dann erledigt, wenn — die Arbeiter sich das ruhig gefallen lassen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Arbeitgeberverband seit jeher der Arbeitsnachweislefrage und betrieb die Gründung eigener Nachweise vornehmlich in der Zeit der Krisen recht eifrig, wodurch er in vielen Orten die Arbeitsvermittlung fast ganz an sich gerissen hat. Die Verneinung dieser Maßregelungsmaßnahme ist für die Arbeitgeber obligatorisch und die Umgehung derselben mit hohen Konventionstrafen bedroht. Der Holzarbeiterverband hat diese Sorte Nachweise zwar nirgends anerkannt, aber aus der Welt schaffen konnte er sie ohne die tatkräftige Mithilfe der übrigen Gewerkschaften auch nicht. In Wilhelmshaven haben unsere Kollegen es allein verstanden, ihren eigenen Nachweis hochzuhalten, trotzdem die übrigen Gewerkschaften den Arbeitgebernachweis benutzten. In diesem Ort sowohl wie in Emden, Delmenhorst, Bremen, Cuxhaven und mehreren anderen Orten haben die Bauarbeiter nach der diesjährigen Tarifbewegung die Arbeitgebernachweise gesperrt, wobei wir überall vollste Solidarität übten. Ein Resultat ist jedoch bisher nicht erzielt, und schon beginnen die Unternehmer mit Abnahme der Kaufkraft ihre Nachweise wieder obligatorisch zu machen. In Bremerhaven, wo das Maßregelungsinstitut der Unternehmer ganz besonders trah funktionierte, leben wir dieserhalb seit zwei Jahren mit ihnen im Krieg. In Bremen und Delmenhorst haben wir uns zum größten Verger des Arbeitgeberverbandes paritätische Arbeitsnachweise erkämpft.

Nachdem der Arbeitgeberverband auf der Grundlage des vereinbarten Mustervertrages für das Baugewerbe überall mit den Bauarbeitern ein Vertragsverhältnis hatte anerkennen müssen, versuchte er ein gleiches Ziel auch mit uns zu erreichen. Wir konnten dem nicht ohne weiteres beitreten, weil einerseits die Bestimmungen dieses Mustervertrages nicht nach dem Geschmack unserer Kollegen waren, andererseits aber nach den besonderen Verhältnissen der Holzindustrie die Frage der Arbeitszeitverkürzung nicht so kurzerhand abgetan werden konnte, wie es in der Absicht der Arbeitgeber lag. Ende Juli kam es dieserhalb in Cuxhaven wegen einer von uns erhobenen Lohnforderung von 6 Pf. pro Stunde zu lebhaften Auseinandersetzungen. Die Arbeitgeber wollten diese Lohnforderung ratenweise bewilligen, aber nur unter der Bedingung, daß wir im übrigen den Bauarbeitervertrag akzeptierten. Wir verlangten für diesen Fall eine Verkürzung der Arbeitszeit, was den Arbeitgeberverband veranlaßte, alles abzulehnen, so daß es zum Streik kam. Bei dem herrschenden Arbeitsmodus hatten die Arbeitgeber aber an den Zimmerern, welche in Vertragsverhältnissen stehen, eine große Stütze, da das Solidaritätsgefühl leider noch nicht so weit ausgebildet ist, um in allen Fällen die Fertigstellung von Tischlerarbeiten durch Zimmerer unmöglich zu machen; sodann stellten sich eine beträchtliche Zahl Nichtorganisirter und sogen. Kleinmeister aus der Umgebung der Unternehmern zur Verfügung, wodurch dieselben in Stande waren, die allerhöchsten Arbeiten fertigzustellen. Der Kampf mußte für diesmal unter ziemlich belanglosen Versprechungen nach zwochziger Dauer abgebrochen werden.

Ähnlich wie in Cuxhaven liegen die Dinge in Emden. Der Lohn unserer Kollegen beträgt im Durchschnitt 48 Pf., er bewegt sich zwischen 45 bis 53 Pf. Der Arbeitgeberverband aber bezieht, daß der Lohn nicht über 45 Pf. betragen darf, und als wir jetzt in einem Betriebe mit besonders niedrigem Lohn eine Erhöhung desselben verlangten, wollte der Arbeitgeberverband gnädigst gestatten, daß bis zu 48 Pf. gezahlt würde, wenn wir den Bauarbeitervertrag schlußten. Es sollten aber alsdann sämtliche Löhne, die gegenwärtig schon höher sind, auf 48 Pf. reduziert werden, was wir natürlich dankend ablehnen mußten, worauf am 14. September prompt die Aussperrung erfolgte. Hoffentlich werden unsere Kollegen allüberall die uns hier entgegenstehenden Schwierigkeiten gehörend zu würdigen wissen.

In Bremerhaven wollten unsere Kollegen endlich auch einmal einen Schritt vorwärts machen. Auch hier zahlten die größten Scharfmacher die niedrigsten Löhne, und besonders der Vorstehende Ristner hielt mit größter „Treu“ an diesem Prinzip fest. Als auf eine erhöhte Lohnforderung eine ablehnende Antwort erfolgte, legten unsere Kollegen daselbst die Arbeit nieder. Nach den herrschenden Gepflogenheiten des Arbeitgeberverbandes mußten wir auch hier mit einer sofortigen Aussperrung rechnen. Doch dem Arbeitgeberverband hingen diesmal die Trauben zu hoch, er mußte die angegriffenen Firmen ruhig zappeln lassen, da die Mehrheit der Tischlermeister für eine Aussperrung nicht zu haben war. Die Situation gestaltete sich keineswegs im Sinne der Unternehmer, und wenn auf Seiten unserer Kollegen die nötige Energie entwickelt worden wäre, hätte sehr wohl eine namhafte Verbesserung unserer ganzen Position herbeigeführt werden können. Wenn trotzdem nicht viel bei der Sache herausgekommen ist, so trägt daran nur die „Standhaftigkeit“ eines Teiles der Kollegen die Schuld. Sie ließen sich nicht abhalten, bei der Firma Ristner die Arbeit wieder aufzunehmen und empfanden auch keine Scham über die Zumutung, vor der Arbeitsaufnahme den Arbeitgebernachweis zu passieren, wobei sich besonders unrühmlich die Ledigen vordrängten. Die Bewegung wurde beendet und der Hauptwert unserer Agitation darauf gelegt, den zugestandenen Lohnsatz von

50 Pf. überall zur Durchführung zu bringen. Bei der hervorragenden „Tüchtigkeit“ der Ristnerschen Kollegen ist das gar keine leichte Aufgabe, denn dort wird dieser Lohn, trotzdem die Firma denselben bewilligt hat, schon lange nicht mehr bezahlt, und niemand von den Leuten denkt daran, deswegen eine entschiedenere Haltung einzunehmen. Es wird sich in dieser Beziehung noch vieles bessern müssen.

Unter solchen Verhältnissen stehen dem Bestreben auf eine angemessene Arbeitszeitverkürzung erst recht ernstliche Schwierigkeiten entgegen. Wir haben in Bremen 55 Stunden pro Woche, in Wilhelmshaven und Oldenburg 51 Stunden und in Wegejad 54 Stunden pro Tag vertraglich durchgesetzt, in allen übrigen Orten beträgt die Arbeitszeit noch 60 Stunden pro Woche. Das Unternehmertum setzt besonders in der Frage der Arbeitszeitverkürzung stets alles auf eine Karte. Was in dieser Beziehung möglich ist, hat uns der vor 4 Jahren in Lübeck tobende Kampf gelehrt. Auch dort rebete der Arbeitgeberverband ein entscheidendes Wort mit, und er mußte die Einigung zu verhindern, da er von einer Arbeitszeitverkürzung im Tischlergewerbe einen ungünstigen Einfluß auf die übrigen Berufe befürchtete. Genügt hat ihm das zwar nichts, aber den Tischlermeistern hat es unendlich geschadet, so sehr geschadet, daß sie für absehbare Zeiten an den Folgen dieses denkwürdigen fünfvierteljährigen Kampfes genug haben. Einige davon sind sogar von dem vielen Schreien über den bösen Holzarbeiterverband so heiser geworden, daß sie heute die Sprache noch nicht ganz wiedergesunden haben, und andere haben eine Luftveränderung nehmen müssen, weil ihnen in Lübeck die Puste ausgegangen war, aber alles das hat unseren endlichen Sieg — Eringung des Neunstundenlages — nicht hindern können. Allerdings, mit solchen Kämpfen wie unsere Lübecker Kollegen können sich nicht alle Zahlstellen messen, sonst sähe es an manchen Orten schon besser aus.

Leider läßt unsere Organisation mancherorts vieles zu wünschen übrig. Der gesunde Trost, der ernste Wille zur Tat und vor allem die geschlossene Einigkeit vom ersten bis zum letzten Mann, wodurch sich z. B. unsere Lübecker Kollegen während der ganzen Zeit ihres langen Kampfes auszeichneten, das sind an der Unterwerfer für viele unbekannt Begriffe. Die alte Erfahrung, daß nur im harten, ununterbrochenen Kampfe tüchtige Kämpfer heranwachsen, bestätigt sich hier aufs neue. Es muß ausgesprochen werden, daß sich der größere Idealismus und Opfermut nicht bei der heranwachsenden Generation zeigt, vielmehr lassen sich diese von den alten, stürmerprobten Kämpfern in dieser Beziehung sehr häufig beschämen. In diesem Punkt muß unbedingt fester eingesetzt werden, die Schulung und Aufklärung der Mitglieder über die Bedingungen und Erfordernisse des Kampfes nach der praktischen wie nach der theoretischen Seite hin muß mit möglicher Gründlichkeit betrieben werden. Die Vorbedingungen für alle unsere Erfolge haben wir uns überall selber schaffen müssen und leicht ist uns das nirgends gemacht worden. Unmöglich sind Erfolge nur dort, wo unsere Kollegen den Kampf nicht richtig zu führen wissen. Das gilt in besonderem Maße für die Kollegen im Bezirk des genannten Arbeitgeberverbandes. Darum: Laßt uns endlich Taten sehen!

Soziales.

Erste internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Aus Paris wird uns geschrieben: Vom 18. bis 24. September tagte hier die erste internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Titel ist eigentlich falsch. Denn um die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen zu können, dazu müßte ihre Beseitigung möglich sein. Die ist jedoch solange unmöglich, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, die weder geregelt ist, noch für den Bedarf produziert, die zwischen der Erzeugung und dem Verbrauch die Differenz des Mehrwertes enthält und durch den Konkurrenzkampf unproduktiv und verschwenderisch arbeitet. Das Elend der Arbeitslosigkeit kann nur beseitigt werden, wenn die Erzeugung gesellschaftlich geregelt und der Mehrwert verschwunden sein wird; dann wird die Arbeitslosigkeit kein Elend, sondern eine Erhaltung, der Gradmesser des technischen Fortschritts sein. Für heute kann es sich nur um die Linderung der Folgen der Arbeitslosigkeit handeln. Und deshalb hat man auf der Konferenz nicht über die Ursachen diskutiert, denn dadurch wäre die Konferenz auseinander gesprengt worden.

Es war eine sehr bunte Gesellschaft, die da unter dem Vorst des ehemaligen und zukünftigen französischen Ministerpräsidenten Leon Bourgeois versammelt war. Neben den Vertretern der deutschen, italienischen und schweizerischen Gewerkschaftszentrale, neben bekannten Gewerkschaftlern und Genossen aus fast allen europäischen und einigen überseeischen Ländern, saßen die Vertreter des potenziertesten Scharfmachertums, der schwedische Generalausperrter von Ehdow, der französische Felsch Wilhelm usw. Außerdem waren ungefähr 20 Regierungen offiziell vertreten; die deutsche Reichsregierung, die sich sonst so viel auf die sozialpolitischen Gesetze, die ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungen worden sind, zugute tut, war nicht darunter. Neben den Vertretern von Städten, statistischen und gemeinnützigen Instituten, waren dann noch besonders zahlreich die sogenannten Sozialpolitiker vertreten, die Kerntruppe der Konferenz, die Pastrom, Brentano, Sembart, Verleysch, Maoul Gay usw.

Von wirklichen praktischen Erfolgen konnte somit nicht die Rede sein. In dieser Erkenntnis hat die Konferenz auch keine Beschlüsse gefaßt. Die Verhandlungen der Konferenz haben also für die Gewerkschaften nur einen sehr relativen Wert. Der Wert der Konferenz liegt in dem Material, das in den Berichten der verschiedenen Länder aufgespeichert ist und das richtig ausgenutzt werden muß, und in dem moralischen Eingeständnis, das die Konferenz an sich bedeutet.

Immer, wenn die Zustände einer Gesellschaft unerträglich werden, finden sich aus den Reihen der herrschenden Klasse Leute — bis vor 30 Jahren nannte man sie Philantropen, heute nennt man sie Sozialpolitiker — die gegen diese Zustände auftraten, weil sie die Gesellschaftsordnung,

das sind nicht immer die leichtesten, verwendet werden. Aber auch durch diese Touren wird eine Konferenz nicht überflüssig. Wir Zürcher haben die Meinung, daß wir vielleicht ein viel größeres Interesse an einer Konferenz haben als manche andere Zahlstelle. Bei uns besteht mit den Arbeitgebern ein Vertrag, durch welchen für eine bestimmte Leistung ein bestimmter Lohn garantiert ist. Verlangen wir nun von unseren Arbeitgebern einen höheren Lohn, so werden wir immer auf die Konferenz verwiesen, und das mit Recht. In der Tat haben wir, daß sich die Verhältnisse in unserem Beruf in anderen Zahlstellen rapid verschlechtern. Jugendliche Arbeiter und weibliche Arbeitskräfte finden immer mehr Verwendung und werden für uns zur großen Gefahr, wenn nicht rechtzeitig Einhalt gehalten wird. Das kann aber nur geschehen, wenn wir Hand in Hand arbeiten und die Sache nicht plan- und ziellos laufen lassen. Vorbedingung für ein Vorwärtsschreiten in unserer Zahlstelle ist das Nachfolgen der anderen. Um diese Gedanke richtig zum Ausdruck zu bringen und mit Beweisgründen zu belegen, ist dieser Raum nicht ausreichend, deshalb brauchen wir eine gemeinsame Aussprache. Weil einige Konferenzen entkäuften, darf man nicht gleich sagen, das nützt bei uns auch nichts. Wenn nur überall der Wille zur Tat vorhanden ist, wird es auch nützen. Die Abstimmung ergab 88 Stimmen für und 12 gegen eine Konferenz.

Gronau i. Weff. Am 23. September fand hier eine öffentliche Agitationsversammlung statt, in welcher Kollege Holtmann aus Hannover über den Nutzen des Verbandes und unsere Aufgaben im Kampf ums Dasein referierte. Zu der Versammlung hatten sich auch einige Christen eingefunden, die sich in der Diskussion mit mehr Eifer als Erfolg bemühten, ihre W.-Glabbacher Weisheit an den Raum zu bringen. In den Kollegen in Gronau liegt es nun, energisch zu agieren. Die ersten Späne sind gefallen, sorgen wir, daß das ganze Stück bearbeitet wird, damit wie auch in Gronau Bresche legen und Licht in die Krippe der Arbeiter bringen können.

Halle a. S. (Stellmacher.) Die Firma Ludwig hatte u. Sohn, Lufzswagen- und Karosseriebau, sucht im Arbeitsmarkt fortgesetzt Kastenmacher und Kastenhefter. Wir bitten die Kollegen, auf dieses Angebot nicht einzugehen. Es sind am Orte noch genügend Kollegen vom Streik in der Waggonfabrik von Lindner vorhanden, die zunächst unterkommen müssen und mit denen die Firma auch genügend ihren Bedarf an Arbeitskräften decken kann, sobald sie solche benötigt. Dies scheint jedoch nicht einmal der Fall zu sein, da sämtliche Wäntze zurzeit besetzt sind.

Hedlungen (Hohenzollern). Im Sägewerk von Wiedel wechselt die Behandlung der Arbeiter mit der Jahreszeit erheblich. Während es im Sommer angeht, ist es mit dem Nachlassen der Arbeit im Herbst und Winter kaum zum Anhalten. Medizinarien wie Rindvieh, Esel, Hausenzer sind dann keine Seltenheiten, jüngeren Arbeitern werden sogar Schläge angeboten. Dabei ist der Verdienst ein äußerst niedriger. In diesen Verhältnissen sind aber die Arbeiter selbst schuld, von den 15 bis 20 Beschäftigten ist leider nur ein Teil im Verbands. Wären alle organisiert und würden diese ihre eigenen Interessen über die bestehenden verwandtschaftlichen Beziehungen stellen, ließen sich die Mißstände in diesem Betriebe sehr bald beseitigen.

Habenau. Schon seit Jahren besteht hier ein von der Zahlstelle eingerichteter Arbeitsnachweis. Die meisten Kollegen benutzten diesen auch, weil sie den Wert desselben kannten. Dadurch waren auch die Arbeitgeber gezwungen, denselben in Anspruch zu nehmen. In den Jahren 1908 und 1909, wo die Konjunktur in der Stuhlindustrie ziemlich schlecht war, nahm ein Teil der Arbeitgeber den Arbeitsnachweis erst in Anspruch, wenn durch Inserate keine Arbeitskräfte zu erhalten waren. Auch jetzt, wo der Geschäftsgang wieder ein flotter ist, machen es einige Arbeitgeber genau so. Um nun eine geregelte Arbeitsvermittlung für alle Betriebe und Kollegen herbeizuführen, nahm die letzte Mitgliederversammlung einstimmig eine Resolution an, welche es sämtlichen Mitgliedern zur Pflicht macht, nur von der Zahlstelle eingerichteten Arbeitsnachweis zu benutzen. Die Verwaltung wurde beauftragt, mit dem örtlichen Vorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes der Stuhl- und Möbelfabrikanten in Verbindung zu treten, um zu versuchen, eine Regelung der Arbeitsvermittlung, die für beide Teile annehmbar ist, herbeizuführen. Der Arbeitgeberverband hat sich bereit erklärt, in Verhandlungen über diese Frage mit uns zu treten. Einstweilen darf kein Kollege Arbeit anders annehmen, als durch Vermittlung unseres Arbeitsnachweises.

Rosenheim. (Vorspiegelung falscher Tatsachen.) Die Rosenheimer Schreinermeister, die bis Juni d. J. noch als Mitglieder des Arbeitgeber-Schutzverbandes geführt wurden, veröffentlichten in Nr. 216 des „Rosenheimer Anzeiger“ den bekannten Aufruf auf Preis-erhöhung für Schreinerarbeiten. Soweit die Preissteigerung des Holzes, Schellack, Leim u. dergl. in Betracht kommt, ist dagegen nichts einzuwenden, obwohl die mit zur Begründung angeführte Behauptung, daß „Spezial-Gehälter erste Qualität, welche nur unter den größten Opfern zu haben sei“, hier recht gewagt erscheint. Als ob schon ein Rosenheimer Meister solches Holz und gar erste Qualität in nennenswerter Menge verarbeitet hätte! Doch das mögen sie mit ihrer Kündschäft ausmachen. Wogegen sich die Gehilfen entschieden wenden müssen, ist die Behauptung der Meister: „Ganz besonders fühlbar sind auch die in diesem Frühjahr den Arbeitern gemachten Zugeständnisse an Löhnen, Arbeitszeitverlängerungen, Montagezuschläge (11) u. a. geworden. Die von der Kriftis so schwer betroffene Holzindustrie hatte beim Ablauf ihrer Verträge jedoch nur die Wahl zwischen einem monatelangen Abwehrkampf mit den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen oder gewissen Zugeständnissen usw.“ Die Rosenheimer Schreinermeister haben damit offensichtlich, so sagen wir, „stark gelunkert“. In Rosenheim hat weder heuer noch in früheren Jahren eine Lohnbewegung der Schreiner stattgefunden, die Meister waren daher auch nicht an den heutigen großen Tarifverhandlungen beteiligt. Es müssen hier wieder einmal die hohen Löhne herhalten, obwohl es stadtbekannt ist, daß bei den Schreincern von solchen gar nicht geredet

werden kann. Schuld, daß es so ist, tragen allerdings jene gleichgültigen Gehilfen, die sich um die Organisation ihrer nicht gekümmert. Diese öffentliche Aufforderung der Meisterchaft zeigt ihnen mit Deutlichkeit, was nun ihre Pflicht wäre, da die ersteren schon im voraus den Proft für ihre Produkte, in Erwartung einer künftigen Lohnbewegung der Gehilfen, in die Tasche stecken. Rosenheim mit seinen 14 000 Einwohnern gehört heute zu den teuersten Orten unserer Wehringegand. Die Preise für Lebensmittel sind in den letzten Jahren ganz horrend in die Höhe getrieben worden, und trotzdem schlummern gerade die einheimischen Schreinergehilfen den Schlaf des Gleichgültigen und hungern weiter. Darum rufen wir diesen heute wiederum zu, achtet auf die Stimme Eurer Meister und schließt Euch dem Deutschen Holzarbeiterverband an, zur Verengung der von den Meistern bereits von der Kündschäft eingehobenen Zugeständnisse an Löhnen und verkürzter Arbeitszeit.

Notz a. S. Im benachbarten Georgensgand sprach am 18. September Kollege Wörzberger-Zürth über: „Ziele und Erfolge der Gewerkschaftsbewegung“. Die Zürther Kollegen haben ein Interesse daran, daß die Löhne, die der von Zürth nach Georgensgand ausgewanderte Galanteriewarenfabrikant Schaller bezahlt, unbedingt in die Höhe gebracht werden, da es ihnen sonst unmöglich ist, in ihrer Zahlstelle für dieselben Branchenangehörigen weitere Fortschritte zu erzielen, nachdem von den Fabrikanten immer auf die Schmutzkonkurrenz des Herrn Schaller verwiesen wird. Obwohl diesem Herrn alle Vorteile einer industriearmen Gegend zugute kommen, zahlt er an seine Arbeiter Löhne von 12, 14, 15 M. bei 60stündiger und noch längerer wöchentlicher Arbeitszeit und nachdem sie 10-14 Jahre im Betrieb beschäftigt sind. Leider haben diese Kollegen bis heute noch nicht begriffen, daß sie sich unserem Verbands anschließen müssen, um höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen, da von der Gnade ihres Arbeitgebers nichts zu erwarten ist. Nun findet in nächster Zeit eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung statt und werden unsere Kollegen heute schon ersucht, dieselbe vollzählig zu besuchen. Wenn die Zürther Kollegen für dieselbe Arbeit 25-30 M. bezahlen können, so liegt es hier nur an den Kollegen, ihren Arbeitgeber zu zwingen, Zugeständnisse zu machen. Das kann aber nur geschehen, wenn sie sich unserem Verbands anschließen und nach dem Sprichwort: „Einer für alle, alle für einen!“ handeln. Eine Organisation, wie der Deutsche Holzarbeiterverband, die schon in ganz Deutschland die Arbeitszeit der Holzarbeiter verkürzt und die Löhne erhöht, ist wirklich in der Lage, auch die Verhältnisse der Kollegen in Georgensgand zu verbessern; vorausgesetzt, daß sie sich derselben als Mitglied anschließen und treu zu ihr halten.

Wattenscheid. In der Schreinererei von Ede herrschen noch sehr mißliche Zustände. Besonders die Behandlung von seiten des Werkführers ist als recht unmanierlich zu bezeichnen. Die Kollegen werden mit allerlei Kosenamen belegt, und eine ganz besondere Abneigung hat der Herr gegen die Organisation. Als vor kurzer Zeit vier Kollegen des Mittags drei Minuten zu spät kamen, wurden sie an Tor mit den Worten empfangen: „Heut braucht Ihr nicht mehr anzufangen, könnt auch gleich Eure Papiere mitnehmen.“ Dieselben waren nämlich als Kommission gewählt, um bei Herrn Ede vorstellig zu werden zwecks geregelter Arbeitsbedingungen und besserer Behandlung von seiten des Werkführers. Aber auch dieser Herr wird sich mit den unabänderlichen Tatsachen abfinden müssen, auch wenn es noch so schwer fällt. In dem Betrieb herrscht ein starker Wechsel; in sechs Wochen sind 40 bis 50 Kollegen ein- und ausgegangen. In einer Werkstatt von 15 bis 20 Mann sagt das genug. Die Entlassung der vier Werkhändler wird der Werkführer zwar auf andere Gründe zurückführen (die sind ja immer zur Hand, wenn es gilt, Unbequeme los zu machen), er dürfte aber damit bei unseren Kollegen wenig Glauben finden. Wir möchten unsere Verbandskollegen auf diese Firma aufmerksam machen, und damit ist der Zweck dieser Zeilen erreicht.

Sterbefaßel.

- Gans Jettner, Drechsler, 26 Jahre alt, gest. 16. September 1910 zu Dintelsbühl (Tuberkulose).
- Eduard Ehret, Tischler, 70 Jahre alt, gest. 20. September 1910 zu Stuttgart.
- Karl Diehl, Tischler, 66 Jahre alt, gest. 22. September 1910 zu Stuttgart.
- Hermann Brader, Stellmacher, 65 Jahre alt, gest. 16. September 1910 zu Draunshweig. (Darmleiden.)
- Karl Krug, Tischler, 41 Jahre alt, gest. 18. September 1910 zu Elrich. (Lungenschwindsucht.)
- Fridolin Brust, 19 Jahre alt, gest. 31. August 1910 zu Hattlingen (Unfall).
- Franz Kretted, 35 Jahre alt, gest. 28. August 1910 zu Köpenick.
- Ernst Zeremias, 45 Jahre alt, gest. 14. September 1910 zu Stuttgart (Ningenleiden).
- Paul Quast, Maschinenarbeiter, 48 Jahre alt, gest. 12. September 1910 zu Steglitz.
- Karl Emil Treiber, Tischler, gest. 12. September 1910 zu Mühlhausen i. Elß.
- Louis Berger, Tischler, 21 Jahre alt, gest. 28. August 1910 zu Halle a. S. (Krebsgeschwulst).
- Georg Silgenberg, Tischler, 46 Jahre alt, gest. 31. August 1910 zu Kassel (Blinddarmentzündung).
- August Schmidt, Tischler, 33 Jahre alt, gest. 1. September 1910 zu Kassel (Unfall).
- Friedrich Berthold, Tischler, 63 Jahre alt, gest. 9. August 1910 zu Neugersdorf (Tuberkulose).
- Th. Hubner, Tischler, 39 Jahre alt, gest. 8. September 1910 zu Leipzig.
- Johann Knüppel, Tischler, gest. 4. August 1910 zu Stade (Darmberührung).
- Wilhelm Wegner, Tischler, 40 Jahre alt, gest. 9. September 1910 zu Tilsit.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Der Kampf auf den Werften.

Das Interesse an der Entwicklung der Dinge auf den Seeschiffswerften ist in den letzten Tagen ein wenig zurückgetreten hinter der Frage, ob die Metallindustriellen ihre Aussperrungsdrohungen wahr machen werden. Bekanntlich haben die Werftbesitzer die Führung ihrer Sache dem Gesamtverband der Metallindustriellen übertragen, und dieser hat sofort beschlossen, seiner bekräftigten Gruppe Seeschiffswerften durch eine Aussperrung zu Hilfe zu kommen, die sich auf 60 Proz. der beschäftigten Arbeiter erstrecken soll. Am 8. Oktober soll die Aussperrung beginnen, aber vorher sollen noch Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen gepflegt werden.

Daß die Aussperrungsdrohungen der Unternehmer ernst gemeint sind, unterliegt keinem Zweifel. Die Scharmacher brennen darauf, an den verhassten Gewerkschaften einen Überlaß vorzunehmen. Tatsächlich sind auch in einer großen Reihe von Betrieben die Kündigungen bereits erfolgt. In anderen Betrieben zögert man allerdings noch, da die äußerst günstige Konjunktur, die zurzeit in der Metallindustrie herrscht, auch den aussperrenden Unternehmern schweren Schaden zufügen muß. Von der Aussperrung sollen natürlich in erster Linie die Verbandsmitglieder betroffen werden, und in vielen Betrieben wurden zu dem Zweck Erhebungen über die Organisationszugehörigkeit der Arbeiter vorgenommen. Die Stellung der örtlichen Organisationsleiter zu diesen Aussperrungsvorbereitungen scheint nicht einheitlich zu sein. In Berlin z. B. ist von der Leitung des Metallarbeiterverbandes die Parole ausgegeben worden, auf Befragen die Organisationszugehörigkeit offen zuzugestehen. Anders scheinen die Metallarbeiter in Breslau beschlossen zu haben, was aus der folgenden Erklärung der Hirsch-Dunderschen Organisation der Metallarbeiter zu schließen ist, die diese in der bürgerlichen Presse veröffentlicht:

„Entgegen den Beschlüssen der Vertrauensmänner des Deutschen Metallarbeiterverbandes — bei der am 8. Oktober d. J. zu erwartenden Aussperrung —, die Organisationszugehörigkeit zu verleugnen, hat die Bezirksleitung des dritten Bezirks des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) in Verbindung mit einer kombinierten Vorstands- und Vertrauensmännerleitung beschlossen, die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsverband nicht zu verleugnen, sondern hochzuhalten. Die Gewerkschaften verlangen in ihren Programmen die volle Koalitionsfreiheit und das gesetzliche Koalitionsrecht; aus diesem Grunde können sie einer Verleugnung der Koalition nicht zustimmen, da diese eine Charakterlosigkeit ist, und innerhalb der Arbeiterschaft alle Energie und Stoßkraft verloren gehen würde und dieselben zu Heloten erniedrigt werden. Aus diesen Gründen werden die Gewerkschaften verpflichtet, die von ihrer Organisationsleitung herausgegebene Parole zu befolgen und zur Durchführung zu bringen.“

Das soll nun den Eindruck erwecken, als seien die Hirsche ganz besonders mutige Gesellen, in Wirklichkeit legt aber diese Bekanntmachung nur Zeugnis ab von der grenzenlosen Feigheit der Hirsch-Dunderschen. Wenn beschlossen wird, die Organisationszugehörigkeit dem neugierigen Unternehmer gegenüber zu verleugnen, so hat das lediglich den Zweck, dem aussperrungswilligen Scharmacher die Auslese unter den auszusperrenden Arbeitern zu erschweren. Es handelt sich um eine taktische Maßnahme, über deren Anwendung je nach den besonderen Umständen des Falles zu entscheiden ist. Die Hirsche wollen jedoch mit der, im Gegensatz zu dem Beschluß des Metallarbeiterverbandes erfolgenden Bekanntgabe ihrer Organisationszugehörigkeit lediglich bei den Unternehmern um gut Wetter bitten. Sie hoffen, wenn ihre Eigenschaft als Hirsche bekannt ist, von der Aussperrung verschont zu bleiben. Die bombastischen Worte, in welche der feige Beschluß eingehüllt wird, macht dieses Angstprodukt nur noch widerlicher.

Inzwischen hat der Gesamtverband der Metallindustriellen Verhandlungen eingeleitet, indem er dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, Meyander Schlick, eine entsprechende Einladung zugehen ließ. Diese Tatsache ist an sich schon bedeutungsvoll. Sie bedeutet die Anerkennung der Arbeiterorganisation durch den Gesamtverband, der bisher zu den Unternehmerorganisationen gehörte, die den Herr-im-Haus-Standpunkt am rücksichtslossten vertreten haben. Es war vereinbart worden, die Verhandlungen am 26. September beginnen zu lassen, und auffälligerweise war jetzt von den Unternehmern keinerlei Versuch gemacht worden, irgendeinen Einfluß auf die Zusammensetzung der Arbeitervertretung auszuüben. Nach Rücksprache mit anderen Organisationsleitern hat alsdann der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes je einen Vertreter der beteiligten Verbandsvorstände und die beiden Vorsitzenden der Zentralwerkstoffkommission, daneben aber auch je einen Vertreter des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins und des christlichen Metallarbeiterverbandes zunächst zu einer Vorbesprechung eingeladen, an welche sich dann die Verhandlung mit der Unternehmerorganisation anschloß. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften freiwillig die Hirsch-Dunderschen und die Christen zu den Verhandlungen beizogen, beweist, welcher Wert der künstlichen Entwertung über die Anduldbarkeit der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften beizumessen ist. Gelbe haben natürlich an den Verhandlungen nicht teilgenommen, und dahingehende Wünsche wurden auch von den Unternehmern nicht mehr erhoben.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen, die am 26. September in später Stunde abgebrochen und am

28. September fortgesetzt wurden, ist bisher entsprechend einer Vereinbarung der Teilnehmer nichts veröffentlicht worden. Es wird weiterverhandelt, und zwar ist die Kommission, die ihre ersten Sitzungen in Berlin abhielt, am 8. Oktober zur Fortsetzung der Verhandlungen in Hamburg zusammengetreten. So sehr es zu wünschen wäre, daß diese Verhandlungen ein befriedigendes Ergebnis zeitigen, wird man doch gut tun, die Hoffnungen nicht zu hoch zu spannen. Die Lage ist im höchsten Maße kritisch, und die Gefahr, daß in den nächsten Tagen die riesige Ausperrung in der Metallindustrie beginnt, ist sehr groß. Die Wirkungen eines solchen Kampfes werden sich, wenn er zum Ausbruch kommt, sehr bald weit über den Kreis der eigentlichen Metallindustrie hinaus bemerkbar machen. Da der Ausperrungsbeschuß auch für die im Gesamtverband der Metallindustriellen organisierten Waggon-, Automobil-, Nähmaschinen- und anderen Fabriken gilt, die eine größere Zahl von Holzarbeitern beschäftigen, dürfte auch unser Verband in erheblichem Maße direkt an dem Kampfe interessiert werden. Dementsprechend wird die Entwicklung der Dinge von unserer Verbandsleitung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. In den nächsten Tagen muß die Entscheidung fallen. Sollte es zum Kampf kommen, dann wird man die Gewerkschaften gerüstet finden.

Die Verhandlungen mit dem Gesamtverband der Metallindustriellen sind, wie wir bei Redaktionschluss erfahren, am 3. Oktober endgültig gescheitert. Die Forderung der Ausperrung in der Metallindustrie ist also unabwendbar. Inwieweit sie durchgeführt wird, werden die nächsten Tage lehren.

In Annemendorf bei Halle a. S. mußte der Streik in der Waggonfabrik von Gottfr. Lindner als aussichtslos aufgehoben werden. Die Zahl der von auswärts mit ungeheuren Kosten herangeholten Streikbrecher war in letzter Zeit eine zu große geworden. Die Firma weigert sich, organisierte Holzarbeiter überhaupt wieder einzustellen, was ihr allerdings auf die Dauer nicht gelingen wird. Es wird vielmehr unsere Aufgabe sein, den Betrieb sobald als möglich wieder mit organisierten Kollegen zu besetzen und die Scharte wieder auszuwecken. Soviel dürfte auch feststehen, daß die Firma in diesem Kampfe auch gesert hat und für die Zukunft sich hüten wird, ihre Arbeiter wieder in einen solchen Streik hineinzutreiben. Es sind circa 18 Kollegen auf der Strecke geblieben, die zum großen Teil auswärtig in Arbeit treten wollen. Es sind dies vor allem Stellmacher und Maschinenarbeiter. Wir bitten deshalb die Ortsverwaltungen, falls sich für dieselben anderwärts Arbeitsgelegenheit bietet, uns dies mitzuteilen.

In Berlin sind die Klavierarbeiter in eine partielle Lohnbewegung eingetreten. In etwa 30 Betrieben hat bis jetzt Forderungen gestellt worden. Die Bewegung hat bisher einen günstigen Verlauf genommen. Bei einer Reihe von Firmen wurde ein Erfolg ohne Arbeitsniederlegung erzielt, bei einer Anzahl weiterer Firmen nach kurzem Streik. Nur der Pianofortefabrikant Heikewitz, bei dem sich die Kollegen seit vier Wochen im Ausstand befinden, weigert sich hartnäckig, zu bewilligen. Dieser Unternehmer bemüht sich krampfhaft, aus dem östlichen Deutschland Arbeitswillige heranzuziehen.

In Borna bei Leipzig sind, da durch die Hartnäckigkeit der Inhaber der Harmoniumfabrik Lindholm und der Pianofortefabrik G. Heyl die Verhandlungen gescheitert sind, sämtliche organisierte Tischler, Polierer, Harmoniumbauer, Zusammensetzer, Drechsler und Stuhlbauer in den Ausstand getreten. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten, um auch hier zur Durchführung zu bringen, was von anderen Orten schon längst erreicht ist.

In Husum ist der Vertrag für die Möbelfabrik am 1. Oktober abgelaufen. Zweck Erneuerung desselben fanden kurz vorher Verhandlungen im Beisein unseres Gauvorstehers und des Frhr. v. Meiswig als Vertreter des Arbeitgeberverbandes Interesse hat, die zu folgendem Ergebnis führten: Die Arbeitszeit beträgt 51 Stunden pro Woche. Der Mindestlohn beträgt für Tischler 50 Pf., für Polierer 48 Pf. pro Stunde. Auf die schon höheren Löhne erfolgt ein sofortiger Aufschlag von 1 Pf. und am 1. Januar 1912 ein weiterer Aufschlag von 2 Pf. pro Stunde. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden mit 5 resp. 10 Pf. Aufschlag pro Stunde vergütet. Die bestehenden Akkordpreise werden am 1. Januar 1911, am 1. Januar 1912 und am 1. Januar 1913 um je 3 Proz. erhöht. Bei Lohnarbeit der Akkordarbeiter sowie bei neuen Mustern und Veränderungen wird dem betreffenden Arbeiter sein bisheriger Durchschnittsverdienst garantiert und wöchentlich ausbezahlt. Wenn sich bei der Verakkordierung neuer Arbeiten eine falsche Kalkulation ergibt, wird unter Zugrundelegung des bisherigen Durchschnittsverdienstes die Differenz zurück resp. nachbezahlt. Gemischte Akkorde sind nach Möglichkeit zu vermeiden, höchstens dürfen zwei Sorten von gleicher Art je zur Hälfte vorgehen werden. Der Arbeiterschutz wird als Vertretung der Arbeiter von der Firma anerkannt. Der so geschaffene Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. Oktober 1914. — Für die Bildhauer, deren Vertretung wir ebenfalls übernommen hatten, war eine Verbesserung nicht zu erzielen, da dieselben kurz vorher entlassen worden waren. — Die Hilfs- und Maschinenarbeiter sind im Fabrikarbeiterverband organisiert und erfahren ein weit geringeres Entgegenkommen als die Tischler. Es ist uns nicht bekannt, wie sich dieselben dazu stellen werden.

In Koblenz hat die Rheinische Pianofortefabrik A.-G. vorm. C. Maud die Arbeiter ausgesperrt. Seit längerer Zeit besteht dort Unzufriedenheit der Kollegen, die ihren Grund in den fortgesetzten Lohnreduzierungen und sonstigen Schikanierungen hat. Vor kurzem wurde den Bodenmachern durch eine Neuerung der Arbeitsmethode eine Lohnreduktion zuteil, welche durch energisches Eingreifen zurückgewiesen wurde. Jedoch wurden unmittelbar darauf Entlassungen von organisierten Kollegen vorgenommen, die als Maßregelungen zu betrachten waren, weil vorher sowie nachher neue Einstellungen erfolgten. Die Kollegen forderten darauf zunächst die Zurücknahme der Maßregelungen und eine 6- bis 8pro-

zentige Akkordausbesserung sowie Bezahlung der Ueberstunden. Wenn man in Betracht zieht, daß noch Löhne von 12 Mk. pro Woche vorkommen, so ist diese Forderung jedenfalls berechtigt. Eine Verhandlung mit der Firma über diese Angelegenheit war erfolglos. Die Folge war, daß in verschiedenen Branchen die Kündigung eingereicht wurde. Dies hat die Firma veranlaßt, sämtliche Arbeiter zu kündigen, so daß wir es nun mit einer allgemeinen Ausperrung zu tun haben.

In Leipzig befinden sich die Kistenbauer in einer Lohnbewegung. Der im Jahre 1907 abgeschlossene Tarifvertrag ist am 1. Oktober abgelaufen, und ist bisher über die eingereichten Forderungen der Kistenbauer eine Entschlung nicht erzielt worden. Gefordert wird die Einführung der 45stündigen Arbeitszeit, Erhöhung der Mindestlohnbedehne, Revision und Erhöhung des Akkordtariffes, Zuschlag für Ueberstunden und Freitagslohnzahlung. Nach den gepflogenen Verhandlungen mit den Unternehmern muß mit der Arbeitsniederlegung gerechnet werden, und sind deshalb die Unternehmer auch lebhaft bestrbt, Arbeitswillige heranzuziehen. Sie richten dabei ihr Augenmerk besonders auf die Kistenbauer im Erzgebirge. Wir ersuchen deshalb die dortigen Lokalverwaltungen, uns alle diesbezüglichen Mitteilungen sofort zugehen zu lassen und für Fernhaltung des Zuguges zu wirken.

In Mühlhausen i. Gf. haben die Kollegen den Unternehmern einen Tarifvertrag angeboten, durch den endlich auch hier geregelte Arbeitsverhältnisse herbeigeführt werden sollen. Die Unternehmer zeigten aber keinerlei Entgegenkommen, lehnten vielmehr die Forderung des neunstündigen Arbeitstages entschieden ab und wollen obendrein noch die seither bestandene Lohngarantie bei Akkordarbeit abschaffen und die Agitation auf den Arbeitsstätten verbieten. Deshalb traten am 28. September zunächst in einigen Werkstätten circa 170 Mann in den Streik. Ein Kleinmeister Müller hat darauf Streikarbeit zur Fertigstellung übernommen, woraufhin auch die dort beschäftigten Gesellen die Arbeit einstellten. Alle Bemühungen der Unternehmer, Arbeitswillige zu erhalten, waren bisher vergeblich. Wenn dies so bleibt, ist ein Erfolg sicher.

In Nürnberg ist der Streik der Korbmacher nach 16wöchiger Dauer zugunsten der Kollegen beendet und ist somit die Sperre aufgehoben. Erreicht wurde ein einheitlicher Tarif für ganz Nürnberg, welcher eine beträchtliche Lohnerrhöhung gegen die früheren Akkord- und Stundenlöhne bringt. An die hiesigen Kollegen möchten wir das Ersuchen richten, für die Zukunft etwas mehr Interesse unserer Sache entgegenzubringen und unsere Versammlungen besser zu besuchen, dann werden wir imstande sein, gegen ungebührliche Zumutungen stets Front zu machen.

Ausland.

In Sofia in Bulgarien drohen ernste Differenzen auszubrechen. Unsere dortige Bruderorganisation hatte schon in den Jahren 1905 und 1906 in schweren Kämpfen erreicht, daß die Arbeitszeit von 11 auf 9 Stunden herabgesetzt und der Lohn von 3,60 auf 5 Frank erhöht wurde. Jetzt möchten die Unternehmer, die sich inzwischen auch organisiert haben, die zehnstündige Arbeitszeit mit Lohnkürzungen durchzuführen und drohen, diese Verschlechterungen durch eine Ausperrung zu erzwingen. Die Kollegen werden deshalb gebeten, Arbeitsangebote nach Sofia abzulehnen.

In Sarajewo in Bosnien stehen seit dem 10. September die Tischler im Abmischstreik. Die Arbeitgeber versuchten, jetzt die Akkordarbeit einzuführen, obgleich der seit drei Jahren bestehende Vertrag nur Tagelohn vorsieht. Von den Streikenden sind viele abgeweiht. Einige Kleinmeister berichten Streikarbeit. Die Kollegen hoffen bestimmt auf einen Erfolg, da in diesem Jahre sehr viele Bauten aufgeführt werden, doch sind diese infolge eines Bauarbeiterstreiks noch zurück, so daß mit einer längeren Dauer des Ausstandes gerechnet werden muß.

Aus der Holzindustrie.

Albert Möste f.

Der frühere langjährige Medalleur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Kollege Albert Möste, ist am 28. September in Hamburg gestorben. Mit ihm ist eines der ältesten Mitglieder unseres Verbandes aus dem Leben geschieden. Möste hat sowohl in unserer eigenen Organisation als auch in der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung eine bedeutende Rolle gespielt und neben der gewerkschaftlichen auch der politischen Arbeiterbewegung wertvolle Dienste geleistet.

Möste ist am 1. Juli 1856 in Nürnberg in Pommern geboren, er hat also ein Alter von 54 Jahren erreicht. Als Tischler arbeitete er zur Zeit des Sozialistenstreikes in Kiel. Damals, als der Tischlerverband nur ein kleines häußlein Mitglieder umfingerte und die Betätigung in der politischen Arbeiterbewegung ein gefährliches Unternehmen war, welches nicht selten „von Rechts wegen“ lange Gefängnisstrafen zur Folge hatte, stand Möste sowohl in seiner Gewerkschaft als auch in der Parteiorganisation bald mit an der vordersten Stelle. Als die „Neue Tischler-Zeitung“ infolge der Ausdehnung der Organisation ihren Leserkreis so erweitert hatte, daß die Anstellung eines Expedienten zur Notwendigkeit wurde, wurde Kollege Möste auf diesen Posten berufen, den er zum 1. Januar 1890 antrat. Im Jahre 1893 erfolgte die Gründung des Holzarbeiterverbandes, und aus der „Neuen Tischler-Zeitung“ wurde die „Holzarbeiter-Zeitung“; in dem Personalbestand trat jedoch vorerst eine Aenderung nicht ein. Eine solche machte sich erst notwendig, als der seitherige Redakteur des Verbandsorgans, Kollege Pfannluch, als Sekretär in den Parteivorstand berufen wurde und diese Stelle zum 1. Januar 1894 antrat. Die Preis-

kommission, welcher die Besetzung des freigewordenen Postens oblag, brachte dem Expedienten Möste ein so großes Vertrauen entgegen, daß sie ihm die Redakteurstelle übertrug.

Möste selbst trug Bedenken, das Amt anzunehmen, er zweifelte an seiner Fähigkeit, diesen Posten voll auszufüllen. Die Folge hat aber gezeigt, daß dieser Zweifel unbegründet war. Möste hat all die Jahre hindurch sein Amt zur vollen Zufriedenheit der Kollegenschaft ausgefüllt. Und wenn der Verband im Laufe der Zeit sich kräftig vorwärts entwickelte und an Mitgliedern und an Einfluß wuchs, so ist das zu einem guten Teil dem Wirken Albert Möstes zu danken gewesen. Von dem Ansehen, dessen sich Möste über den Kreis der Mitglieder unseres Verbandes hinaus zu erfreuen hatte, gibt die Tatsache Kunde, daß er im Jahre 1896 vom Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften gewählt wurde, und deren Mitglied blieb, bis sie zum 1. Januar 1903 nach Berlin übersiedelte.

Lange Zeit hindurch war in unserem Verband die Frage der Zusammenlegung des Vorstandes und der „Holzarbeiter-Zeitung“ diskutiert worden. Auf dem Verbandstag in Leipzig im Jahre 1904 fiel endlich die Entscheidung. Es wurde beschlossen, die Zeitung an den Sitz des Verbandsvorstandes nach Stuttgart zu verlegen. Dieser Beschluß war gegen den Willen Möstes gefaßt worden, es schien aber, als ob er sich mit der für den 1. Januar 1905 in Aussicht genommenen Ueberstellung nach Stuttgart abgefunden hätte. Als jedoch der Termin näher rückte, da zeigte es sich, daß die Bande, die ihn mit Hamburg verknüpften, doch stärker waren, als er gedacht hatte. Möste war im Jahre 1904 durch das Vertrauen der Hamburger Arbeiterschaft in die Bürgerchaft, das Parlament der hanseatischen Republik, gewählt worden; außerdem kamen auch persönliche und familiäre Rücksichten in Betracht, die Möste schließlich bewogen, auf die Stelle als Medalleur der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu verzichten.

Er vertauschte diesen Posten mit dem Amt des Gauvorstehers in Hamburg, zu welchem er im Hinblick auf die lebhafteste Versammlungsagitation, die er seither schon entfaltet hatte, wohl qualifiziert erschien. Volle Befriedigung fand Möste jedoch in dieser Stellung nicht, und ebensowenig auf dem Posten als Hamburger Parteisekretär, den er um die Mitte des Jahres 1906 annahm. Die Zeit, die er an der „Holzarbeiter-Zeitung“ tätig war, ist nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Er war Gewerkschaftsredakteur geworden, und er vermehrte die ihm lieb gewordene Beschäftigung. Als ihm deshalb im Jahre 1907 die Redaktion des „Hauhilfsarbeiter“ angetragen wurde, übernahm er den Posten, und er hat sich in der Zeit, da er die Redaktion dieses Blattes führte, schnell das Vertrauen der Mitglieder des Bauhilfsarbeiterverbandes erworben. Daneben hat aber Möste auch weiterhin unserem Holzarbeiterverband sein tatkräftiges Interesse erhalten, und bis zur letzten Neuwahl in diesem Jahre war er auch Mitglied unseres Hamburger Gauvorstandes geblieben.

Schon seit langem wurde Möste von einem schmerzhaften Gallen- und Leberleiden heimgesucht, das jedoch seine Willenskraft nicht lähmte. Energisch und rücksichtslos trat er stets für das ein, was er einmal als richtig erkannt hatte. Dabei war er persönlich lebenswürdig und entgegenkommend, und seine Aufrichtigkeit im Verkehr verschaffte ihm viele Freunde. Wer Gelegenheit hatte, dem unterfertigen Mann mit dem wallenden Patriarchenbart näherzutreten, wird ihn in freundschaftlicher Erinnerung behalten. Wir sind mit Möste das letzte Mal vor wenigen Wochen auf dem Kongress in Kopenhagen zusammengekommen, an dem er als Vertreter des dritten Hamburger Wahlkreises teilnahm. Er folgte aufmerksam den Verhandlungen, aber man sah es ihm an, daß er körperlich nicht auf dem Posten war. In Kopenhagen hatte er einen neuen Anfall seines Leidens erlitten, und er erhoffte Erfolg von der Operation, der er sich auf Anraten des Kopenhagener Arztes gleich nach seiner Rückkehr nach Hamburg unterziehen wollte. Das Krankenhaus hat Möste wohl aufgesucht, aber er hat es lebend nicht wieder verlassen.

Nun ruht er aus nach hartem Kampf im Dienste der Arbeiterbewegung. Die deutschen Holzarbeiter aber werden das Andenken Albert Möstes stets in Ehren halten.

Am Sonntag fand das Leichenbegängnis statt. Vom Eppendorfer Krankenhaus bewegte sich in den Nachmittagsstunden ein riesiger Trauerzug nach dem Ohlsdorfer Friedhof. Tausende gaben unserem alten Kollegen das letzte Geleit und etwa ebenso groß dürfte die Zahl bereit gewesen sein, die auf dem weiten Wege zum Friedhof Spalier bildeten. Eine große Zahl von Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hatten ihre Fahnen im Zuge, an dessen Spitze die alte Hamburger Parteifahne getragen wurde. Am Grabe hielt Genosse Frohme dem Verstorbenen einen zu Herzen gehenden Nachruf, dann folgten in endloser Reihe die Organisationsvertreter, die Kränze niederlegten. Als Vertreter unseres Verbandsvorstandes nahm Kollege Becker und für die „Holzarbeiter-Zeitung“ Kollege Kahser an der Leichenfeier teil. Auch eine größere Anzahl von Verbandszahlstellen hatten Kränze geschickt.

Aus der Subellische des Reichsverbandes.

Der ob seiner Wahrheitsliebe sprichwörtlich gewordene Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat sich neuerdings unseren Deutschen Holzarbeiterverband als Zielscheibe für seine mißbrauchten Wurfgeschosse auserkoren. Durch die gefinnungstüchtige Presse, die aus der Subell-

